

Jahresausblick 2001: Steuerreform hält deutsche Konjunktur in Schwung

Am Ende des Jahres 2000 hat sich das Konjunkturbild eingetrübt. In Deutschland und Europa ist der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion schwächer geworden. Die Stimmung bei Produzenten und Verbrauchern hat sich vor allem wegen der Belastungen durch den hohen Ölpreis verschlechtert. So war auch die Sachlage, als die Wirtschaftsforschungsinstitute im Herbst den Tempoverlust der Konjunktur für 2001 bezifferten. Danach griff eine neue Welle von Konjunkturpessimismus um sich. Das IWH hat sich dem nicht angeschlossen. Denn neben den Anzeichen für Verschlechterungen gibt es auch welche für Besserungen: Der Ölpreis geht wohl schneller als erwartet zurück, der Euro scheint sich zu stabilisieren. Beides nimmt Druck von den Preisen. So bleibt:

Die Konjunktur wird 2001 in der Grundtendenz eine langsamere Gangart einschlagen. Gründe dafür sind das weltwirtschaftliche Umfeld, das mit der Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den USA als Impulsgeber an Kraft verliert, nachlassende Impulse aus der Abwertung des Euro und die Folgen der strafferen Geldpolitik der EZB. Damit büßt die Nachfrage des Auslands nach Gütern aus Deutschland an Schwung ein. Der Exportanstieg dürfte aber kräftig bleiben und zunächst noch Impulse von Seiten des Wechselkurses des Euro erhalten.

Die „Steuerreform 2000“ wird den privaten Konsum im Jahr 2001 beflügeln und über ihn die gesamte Binnennachfrage anregen. Die vorgesehenen steuerlichen Entlastungen für private Haushalte und Unternehmen belaufen sich auf rund 45 Mrd. D-Mark, das entspricht 1,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Verluste an Realeinkommen durch die hohen Ölpreise werden aber den Spielraum für Konsumkäufe schmälern.

Die nachlassende Exportdynamik wird auf das Investitionsgeschehen übergreifen. Der Tempoverlust dürfte hier sogar spürbarer sein, da Ausrustungsinvestitionen wegen der bevorstehenden Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen auf das Jahr 2000 vorgezogen worden sind. Anregungen kommen dagegen von der Stärkung der Inlandsnachfrage durch die Steuersenkungen. Die Bauinvestitionen bleiben dagegen insgesamt auf Talfahrt, Anschluss an die allgemein aufwärts gerichtete Konjunktur hält nur der gewerbliche Bau.

Der Nachfrageimpuls vor allem durch die fiskalische Entlastung der privaten Haushalte wird der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2001 zunächst neuen Auftrieb geben. Mit seinem Auslaufen wird sich der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im späteren Verlauf des Jahres verringern. Insgesamt werden die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte aber ihren Anteil am konjunkturellen Aufschwung erhöhen. Die Abschwächung des Produktionsanstiegs wird mit der üblichen Verzögerung den Arbeitsmarkt erreichen. Die Beschäftigungszunahme hält aber mit 374 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen spürbar an. Die Arbeitslosigkeit bleibt mit 3,61 Millionen Personen hoch.

In Ostdeutschland wird das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2001 wegen der starken Binnenorientierung der Wirtschaft wieder Anschluss an das Tempo in den alten Ländern finden. Die industrielle Wertschöpfung wird erneut schneller als in Westdeutschland zunehmen, während die Schrumpfung in der Bauwirtschaft, wenn auch verlangsamt, ein weiteres Jahr anhalten wird. Der Beschäftigungsabbau im ersten Arbeitsmarkt wird mit der Beschleunigung des Produktionswachstums zum Stillstand kommen. Die hohe Arbeitslosigkeit verändert sich kaum.

Der Anstieg des Preisniveaus wird sich infolge der Stabilisierung und anschließenden Rückbildung des Ölpreises wieder abschwächen. Dies wird aber nicht zügig geschehen, da der Preischub vom Rohöl die Kerninflation noch einige Monate bestimmt. Bei nur wenig zunehmenden Lohnstückkosten wird die Preissteigerungsrate die Marke von 2 % unterschreiten. Eine Inflationsspirale ist auch deshalb nicht in Sicht, weil die bisherigen Lohnabschlüsse für 2001 keine Kompensation für den Realeinkommensverlust aus dem Ölpreisanstieg vorsehen. Die Geldpolitik täte deshalb gut daran, stärker die transitorische Natur des Preisniveaustiegs ihren Zinsentscheidungen zugrunde zu legen. Nach den mehrfachen Zinsanhebungen im Jahr 2000 sollte sie bis auf weiteres Ruhe bewahren, zumal sich auch die Geldmenge auf den Zielkorridor zu bewegt.

In der Lohnpolitik besteht im Allgemeinen wegen der Mittelfristigkeit der Abschlüsse in den meisten Tarifbereichen kein Handlungsbedarf. Die Realeinkommensverluste infolge der gestiegenen

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des
IWH für Deutschland im Jahr 2001

	1999	2000	2001
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	2,6	1,9	2,4
Staatskonsum	-0,1	1,3	1,0
Anlageinvestitionen	3,3	2,4	2,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,4	9,0	6,3
Bauten	0,5	-2,5	-0,5
Inländische Verwendung	2,4	2,1	2,5
Exporte	5,1	12,9	9,1
Importe	8,1	10,0	8,9
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,1	2,7
<i>Nachrichtlich:</i>			
Ostdeutschland*	1,5	2,0	2,7
<i>Nachrichtlich:</i>			
Euroraum	2,4	3,3	2,9
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, bezahlt ^a	0,6	0,7	0,8
Tariflöhne je Stunde	2,9	2,0	2,2
Effektivlöhne je Stunde	2,0	2,7	2,4
Lohnstückkosten ^b	0,9	-0,3	0,3
Preisindex für die Lebenshaltung	0,6	1,9	1,8
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^c	37 942	38 526	38 900
Westdeutschland**	32 053	32 738	33 095
Ostdeutschland*	5 889	5 788	5 805
Arbeitslose ^d	4 099	3 890	3 610
Westdeutschland**	2 872	2 640	2 380
Ostdeutschland*	1 227	1 250	1 230
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^e	9,7	9,2	8,5
Westdeutschland**	8,2	7,5	6,7
Ostdeutschland*	17,2	17,8	17,5
	<i>in % des BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	1,4	-1,3 ^f	1,5

^a Berechnungen des IWH. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Nationale Definition. – ^e Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^f Mit Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen ergibt sich ein Überschuss von 36,5 Mrd. DM. Ohne diese Erlöse ergäbe sich ein Defizit und die Defizitquote läge im Jahr 2000 bei 1,2 % des Bruttoinlandsprodukts. – * Ohne Berlin. – ** Und Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Ölpreise sollten weder zum Anlass für Nachbesserungen noch zu erhöhten Abschlüssen in ausstehenden Lohnverhandlungen genommen werden. Anderenfalls geraten die Stabilität der Wirtschaft und der Beschäftigungsanstieg in Gefahr.

Für die Lage am Arbeitsmarkt sind nicht nur die Löhne, sondern auch die Regulierungsmechanismen bedeutsam. Die neuen Gesetzesinitiativen der Bundesregierung zur Novellierung des Beschäftigungsförderungsgesetzes und zum Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit sind hier nicht dazu angetan, die Flexibilität des Arbeitsmarktes zu erhöhen und damit zum weiteren Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beizutragen.

In der Haushaltspolitik hält die Konsolidierung an. Der um den Vermögensabgang aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen bereinigte Ausgabenanstieg bleibt deutlich hinter der Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück. Wegen der reformbedingten Steuerausfälle werden die Einnahmen der öffentlichen Haushalte nur wenig zulegen, sodass das öffentliche Defizit im Jahr 2001 auf 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts steigen wird. Die Finanzpolitik wirkt infolge der Steuer-senkungen expansiv. Dieser Effekt kommt zum richtigen Zeitpunkt, um einem Abklingen der Konjunktur entgegenzuwirken. Im Interesse eines höheren Wirtschaftswachstums müssen aber auf mittlere Frist noch weitere dringende Reformvorhaben – wie die Reform der Alterssicherung – mit tragfähigen Konzepten zu Ende geführt werden.

Exporte im Sog einer nachlassenden Weltkonjunktur etwas schwächer

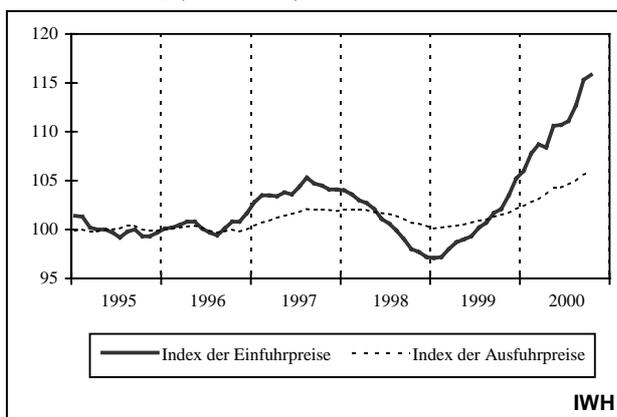
Nach der kräftigen Expansion im vergangenen Jahr wird die Weltkonjunktur 2001 an Schwung verlieren, in der Grundtendenz aber aufwärtsgerichtet bleiben. Maßgeblich für die nachlassende Dynamik sind verschiedene Faktoren. Zum einen hat der drastische Ölpreisanstieg, der sich allerdings im Verlauf des Jahres wieder zurückbilden wird, weltweit seine Spuren hinterlassen. Sowohl Weltproduktion als auch Welthandel erhielten zuletzt Dämpfer und werden weniger stark expandieren als noch im Jahr zuvor. Zum anderen setzen die Vereinigten Staaten zu einem „soft landing“ in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung an und verlieren so als Motor der Weltkonjunktur an Zugkraft. Japans Wirtschaft konnte sich zwar etwas von der Rezession

erholen, aber die Zeichen für einen anhaltenden Konjunkturaufschwung sind bisher nicht eindeutig.

Konjunkturstabilisierend dürfte sich jedoch die Entwicklung in Europa und dort besonders in der Euroregion auswirken, wo steuerliche Entlastungen und eine moderate Lohnentwicklung für eine Fortsetzung des Aufwärtstrends sprechen. Allerdings wird auch hier die drastische Verteuerung des Rohöls, die zu einem erheblichen Kaufkraftentzug geführt hat, noch nachwirken. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum wird sich im Jahr 2001 auf 2,9 % verringern, nach 3,3 % im Jahr zuvor. Anregungen für die Weltwirtschaft kommen auch aus den zehn osteuropäischen Beitrittsländern und Russland, wo die wirtschaftliche Entwicklung zügig an Tempo gewinnt.¹

Insgesamt bleibt für die deutsche Exportwirtschaft das außenwirtschaftliche Umfeld im Jahr 2001 günstig, vor allem weil die Konjunktur in den Hauptabnehmerländern in Europa, anders als während der Ölpreiskrisen in den siebziger und achtziger Jahren, nicht einbricht. Überdies dürfte der deutsche Außenhandel davon profitieren, dass die Ölförderländer einen Teil ihrer zusätzlichen Erlöse aus den Ölexporten für Käufe im Ausland einsetzen. Dieses Recycling erfolgt zwar im Allgemeinen nicht bilateral. Im Falle von Russland weist jedoch der kräftige Anstieg seiner Käufe in Deutschland auf eine solche Tendenz hin (vgl. Tabelle 2).

Abbildung 1:
Index der Einfuhr- und Ausfuhrpreise
- Monatswerte, (1995=100) -



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Näheres hierzu in BRÜGGEMANN, A.: Gestiegene Ölpreise belasten Aufschwung in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2000, S. 467-476.

Prognoserisiken

Risiken für die Konjunktur und diese Prognose bestehen vor allem in der Gefahr einer „harten Landung“ der US-Wirtschaft. Sie könnte wie folgt aussehen:

Ausgangspunkt ist die bereits eingetretene konjunkturelle Abschwächung im Verlauf des Jahres 2000. Mit der Einengung der Preisüberwälzungsspielräume nimmt der Kostendruck zu, die Unternehmensgewinne expandieren verlangsamt. Die Schlüsselfrage ist, wie die Kapitalanleger hierauf reagieren. Die in den vergangenen Jahren große Anziehungskraft der USA für ausländisches Kapital könnte jetzt, im schlimmsten Fall bruchartig, umschlagen. Damit wird die Investitionsfinanzierung erheblich erschwert. Die Aktienkurse, seit Mitte September 2000 ohnehin unter Abwärtsdruck, fallen weiter zurück. Der private Konsum, der bisher vor allem durch den Vermögenseffekt steigender Aktienkurse stimuliert wurde, wird, auch infolge der dann zu erwartenden Erhöhung der Sparquote, erheblich gehemmt.

Die Kombination von ausbleibenden Kapitalzuflüssen, sinkenden Investitionen und schrumpfendem Konsum führt zur „harten Landung“. Das kann die amerikanische Zentralbank mit Zinssenkungen nicht verhindern. Von der einsetzenden Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro geht kein dominanter Exportimpuls aus, denn wichtige Abnehmerländer – vor allem in Europa – geraten in den Sog der US-Rezession.

Weitere Risiken sind ein anhaltend hohes Niveau des Rohölpreises, die Verstärkung des Preisauftriebs im Euroraum und die Abkehr von der moderaten Lohnpolitik, die zu einer weiteren Straffung der Zinspolitik der EZB führen würden.

Die Exporte von Waren und Dienstleistungen werden im Jahr 2001 weiterhin kräftig expandieren. Hinter der Zuwachsrate von gut 9 % im Jahresdurchschnitt verbirgt sich jedoch eine leicht nachlassende Dynamik. Der Importanstieg wird vor allem wegen der anziehenden Binnennachfrage ähnlich hoch bleiben wie im Vorjahr.

Die Preisentwicklung im Außenhandel wurde im Jahr 2000 durch einen starken Anstieg der Ein-

Tabelle 2:

Warenexporte und Rohölimporte Deutschlands nach ausgewählten Ländern und Ländergruppen
- Januar bis September 2000 -

Länder bzw. Ländergruppen	Deutsche Warenexporte	Rohölimporte Deutschlands				
		Zuwachs in % ^a	1 000 t	Zuwachs in % ^a	Mrd. DM	Zuwachs in % ^a
Insgesamt	16,6	77 347	0,9	32,9	106,9	100
Russland	31,3	22 243	10,7	8,6	126,4	26,1
Norwegen	11,0	13 186	-12,9	5,9	79,8	17,8
Großbritannien	15,1	10 453	0,3	4,8	101,6	14,4
OPEC-Länder ^b	5,6	25 087	6,1	10,9	124,7	33,2
Übrige Länder	16,8	6 378	-13,3	2,8	70,3	8,4

^a Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. – ^b Libyen, Syrien, Algerien, Saudi-Arabien, Venezuela, Nigeria.

Quellen: Bundesamt für Wirtschaft; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

fuhrpreise bestimmt, die kräftiger als die Ausfuhrpreise expandierten und so zu einer drastischen Verschlechterung der Terms of Trade beitrugen. Letztlich bedeutete diese Entwicklung Realeinkommenseinbußen für das Inland. Im Zuge der erwarteten Rückbildung des Ölpreises im Prognosejahr wird der Auftrieb bei den Importpreisen nachlassen und zu einer Verbesserung des realen Austauschverhältnisses führen.

Tabelle 3:

Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1995 -

	1999	2000	2001
	<i>in Mrd. DM</i>		
Exporte	1 133,5	1 279,8	1 396,0
Importe	1 101,3	1 211,0	1 318,5
Außenbeitrag	32,2	68,8	77,5
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	5,1	12,9	9,1
Importe	8,1	10,0	8,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Ausrüstungsinvestitionen etwas verhaltener

Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen haben in den letzten beiden Quartalen des zurückliegenden Jahres nochmals kräftig zugenommen. Dabei fiel die Expansion bei den Ausrüstungen mit einer laufenden Rate von 3,5% pro

Quartal besonders stark aus. Hier dürften vor allem Vorzieheffekte wegen der ab Januar 2001 eintretenden Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen eine Rolle gespielt haben. Mit dem Auslaufen dieser Effekte wird die Investitionstätigkeit in der Grundtendenz ein gemächlicheres Tempo einschlagen. Dazu trägt auch bei, dass die Investitionsneigung der Unternehmen im Zuge der allgemeinen Verlangsamung der Konjunktur nachlässt. Dennoch bleibt die Nachfrage nach Ausrüstungen angesichts des überdurchschnittlichen Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten und der Steuer-senkungen aufwärtsgerichtet. Auch die sonstigen Anlagen werden aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien nochmals kräftig expandieren.

Tabelle 4:

Anlageinvestitionen in Deutschland

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %, Preise 1995 -

	1999	2000	2001
Anlageinvestitionen	3,3	2,4	2,6
Ausrüstungsinvestitionen	6,7	9,0	6,0
Sonstige Anlagen	12,4	9,7	8,5
Bauinvestitionen	0,5	-2,5	-0,5
Wohnbauten	-0,2	-2,8	-0,7
Nichtwohnbauten	1,4	-2,1	-0,2
Gewerbliche Bauten	0	-1,6	0,6
Öffentliche Bauten	4,7	-3,1	-2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Schwäche am Bau noch nicht überwunden

Die Bauinvestitionen neigen in der Grundtendenz immer noch zur Schwäche. Besonders stark schrumpfte bis zuletzt die Nachfrage nach neuen und modernisierten *Wohnbauten*. Maßgeblich dafür ist, dass mit der raschen Ausweitung der Bautätigkeit in den vergangenen Jahren ein Angebot entstanden ist, das die Nachfrage übersteigt. Jetzt tragen die Einschränkung der Förderung für den selbstgenutzten Wohnungsbau neben den anhaltend niedrigen Renditen im Mietwohnungssegment zu einem nochmaligen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen bei.

Tabelle 5:
Regionale Entwicklung der Bauinvestitionen
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %, Preise 1995 -

	1999	2000	2001
Westdeutschland	1,1	-0,5	0,3
Wohnbauten	0,7	-0,7	-0,1
Nichtwohnbauten	1,8	-0,2	0,7
Ostdeutschland	-1,3	-8,0	-2,6
Wohnbauten	-3,2	-10,2	-3,0
Nichtwohnbauten	0,4	-6,0	-2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Dagegen erhält der gewerbliche Bau in den alten Ländern Impulse. Bei der hohen Kapazitätsauslastung in der Wirtschaft steigt hier die Nachfrage nach Erweiterungsbauten. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Konjunkturabschwächung fällt deren Expansionsrate mit 1,5 % gegenüber 2000 aber gering aus. Bei einem Rückgang in etwa gleicher Größenordnung in Ostdeutschland nimmt der Wirtschaftsbau bundesweit nur mäßig zu. Infolge der Einnahmefälle bei den Gebietskörperschaften im Zuge der Unternehmenssteuerreform ist ein Zurückfahren der öffentlichen Bauinvestitionen in Ost- wie in Westdeutschland zu erwarten.

Private Konsumausgaben durch Steuerersparnis beflügelt

Das Konsumklima hat sich im Verlauf des Jahres 2000 infolge der massiven Verteuerung der Mineralölzeugnisse eingetrübt. Die privaten Haushalte hatten durch die Belastungen aus der Erhöhung des Rohölpreises rund 25 Mrd. DM weniger an realer Kaufkraft zur Verfügung, was die Expan-

sion des privaten Konsums merklich dämpfte. Das hat u. a. zu geringeren Käufen von Kraftstoffen und Personenkraftwagen geführt.

Im Jahr 2001 werden die Einkommen der privaten Haushalte kräftig zulegen. Der Anstieg der Tariflöhne, der sich aus den bisherigen Tarifvereinbarungen in der Mehrzahl der Tarifbereiche abzeichnet, und die Erhöhung der Beschäftigung werden sich zwar im fast gleichen Tempo wie im Vorjahr fortsetzen. Durch die vorgezogene dritte Stufe der Reform der Einkommensteuer werden die privaten Haushalte jedoch um rd. 28 Mrd. DM spürbar entlastet. Dies führt zu einer sprunghaften Zunahme der Nettolöhne- und -gehälter um 5,5 %.

Tabelle 6:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	1999	2000	2001
Verfügbares Einkommen, nominal	2,6	3,1	4,6
darunter:			
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,6	3,7	5,5
Monetäre Sozialleistungen	2,5	1,7	1,1
Selbständigen- und Vermögenseinkommen	3,5	3,6	5,1
Sparen	0,3	1,2	7,3
Private Konsumausgaben, nominal	2,9	3,3	4,2
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,5	3,2	3,3
Sparquote (in %)	9,9	9,7	10,1
Preisindex des privaten Konsums	0,3	1,4	1,7
Private Konsumausgaben, real	2,6	1,9	2,4

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Mit dem konjunkturbedingten Beschäftigungsanstieg gehen die Zahlungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zurück. Da jedoch die Renten wieder nettolohnbezogen angehoben und die Leistungen im Rahmen von Wohn- und Bildungsgeld sowie Bafög erhöht werden, steigen die monetären Sozialleistungen, wenngleich schwächer als im Vorjahr.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden so wegen der steuerlichen Entlastungen kräftig zulegen und dem privaten Kon-

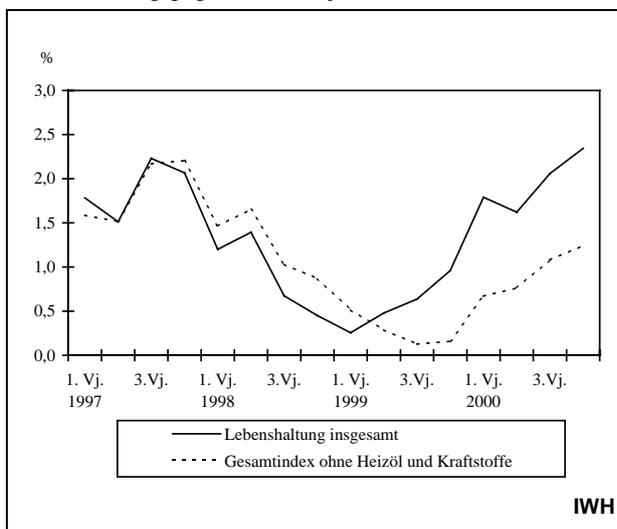
sum spürbaren Auftrieb geben. Zumal im ersten Halbjahr die Belastungen aus Rohstoffpreiserhöhungen durch zurückgehende Mineralölpreise abklingen werden. Die Konsumaussichten dürften sich trotz der erneuten Anhebung der Ökosteuer zum 1. Januar 2001 wieder aufhellen. Der reale Konsum nimmt bei einem etwa gleichbleibenden Anstieg der Lebenshaltungskosten um 2,4 % zu.

Die deutliche Erhöhung der verfügbaren Einkommen ermöglicht es den privaten Haushalten zugleich, auch im Hinblick auf die Neuausrichtung der Altersvorsorge, ihre Ersparnisse aufzustocken.

Preiserhöhung bleibt moderat

Der starke Anstieg der Einfuhrpreise, darunter insbesondere der Preise für Mineralölzeugnisse, sowie der Wertverlust des Euro haben im vergangenen Jahr die Kosten der Lebenshaltung stärker als zuvor steigen lassen. Dies machte sich in der Endverbraucherstufe besonders bei Heizöl und Kraftstoffen (25 %), bei Gütern und Leistungen des Bereichs Verkehr (5,6 %) und bei Wohnungsmieten einschließlich der Nebenkosten (3,3 %) bemerkbar. Dämpfend wirkten dagegen die Preissenkungen bei Haushaltsstrom, die abnehmenden Preise für Güter und Leistungen der Nachrichtenübermittlung sowie fallende Preise bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken. Ohne den Anstieg der Preise bei Heizöl und Kraftstoffen hätten sich die Lebenshaltungskosten im Durchschnitt des Jahres 2000 nur um knapp 1 % verteuert.

Abbildung 2:
Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex - Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in % -



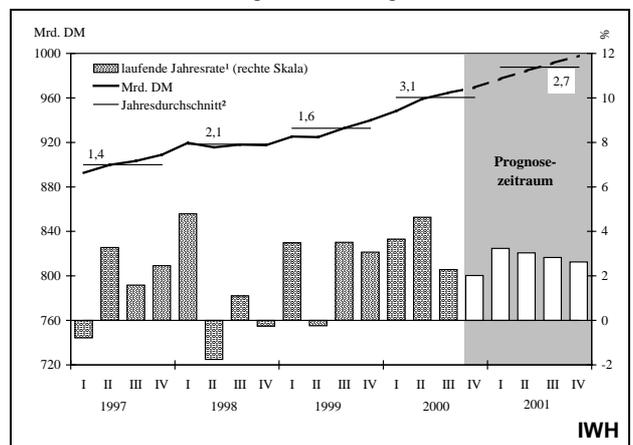
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Jahr 2001 laufen die preistreibenden Effekte des Ölpreisschocks allmählich aus, sodass von der Einfuhr eher preisdämpfende Einflüsse ausgehen werden. Binnenwirtschaftliche Faktoren gewinnen aber für die Teuerungsrate an Gewicht. Preiserhöhend wirken die dritte Stufe der ökologischen Steuerreform zum 1. Januar 2001 und die zeitverzögerte Überwälzung der hohen Ölpreise auf die Erzeugerpreise heimischer Güter und Dienstleistungen. Die Nahrungsmittelpreise werden durch die erhöhten Kosten für Maßnahmen zur Eindämmung von BSE und durch die wohl anziehende Nachfrage bei Substituten für Rindfleisch ansteigen. Alles in allem dürften die Lebenshaltungskosten im Jahr 2001 jahresdurchschnittlich um 1,8 % nach 1,9 % im Jahr 2000 zulegen.

Produktionsausdehnung verlangsamt sich etwas

Im Jahr 2001 erhält die gesamtwirtschaftliche Produktion durch die fiskalischen Entlastungen insbesondere bei den privaten Haushalten zunächst einen kräftigen Impuls. Im weiteren Verlauf des Jahres 2001 schwächt sich jedoch die konjunkturelle Dynamik ab.

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland - Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



1) Veränderung gg. Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die Industrieproduktion wird mit reichlich 4 % nicht mehr so kräftig expandieren wie im Vorjahr. Die langsamer steigende Nachfrage im In- und Ausland nach Investitionsgütern schmälert den Produktionszuwachs, während ihn der Nachfrageanstieg bei den Konsumgüterherstellern stützt. Die Bauproduktion wird nochmals sinken. Der Pro-

duktionsanstieg bei den Finanzierungs- und Unternehmensdienstleistern schwächt sich im Gefolge der geringeren Expansion im produzierenden Gewerbe etwas ab. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2001 in Deutschland um 2,7 % zunehmen.

Tabelle 7:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	1999	2000	2001
Konsumausgaben	1,5	1,4	1,6
Private Haushalte	1,5	1,1	1,4
Staat	0,0	0,3	0,2
Anlageinvestitionen	0,7	0,5	0,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,6	0,9	0,7
Bauten	0,1	-0,3	-0,1
Vorratsveränderung	0,2	0,2	0,3
Inlandsnachfrage	2,3	2,1	2,5
Außenbeitrag	-0,8	1,0	0,2
Exporte	1,5	3,9	3,0
Importe	-2,2	-2,9	-2,8
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	1,6	3,1	2,7

¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2001: Prognose des IWH.

Tabelle 8:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %, Preise 1995 -

	1999	2000	2001
Produzierendes Gewerbe	-0,3	3,3	3,0
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	0,4	5,9	4,3
Baugewerbe	-2,2	-3,8	-0,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,9	4,1	3,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	5,1	5,2	4,7
Öffentliche und private Dienstleister	-0,2	1,2	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,1	2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Ostdeutschland wird im Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts mit Westdeutschland gleichziehen. Dabei wird die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands – bedingt

durch dessen starke Binnenorientierung – wie im Vorjahr schneller expandieren als in Westdeutschland. Auch der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister setzt seinen Aufwärtstrend fort. Die Wertschöpfung im Baugewerbe wird nicht mehr so stark schrumpfen wie im Vorjahr. Der dämpfende Einfluss des Baugewerbes auf die gesamtwirtschaftliche Produktionsdynamik in Ostdeutschland wird damit geringer.

Beschäftigungsaufbau wird schwächer

Mit der Verlangsamung des Produktionszuwachses wird sich im Jahr 2001 das Beschäftigungsniveau nicht mehr so kräftig erhöhen wie im Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in diesem Jahr um 374 000 Personen zunehmen, nachdem im Vorjahr noch mehr als eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze entstanden waren. Dieser Beschäftigungsaufbau vollzieht sich fast ausschließlich in Westdeutschland. In Ostdeutschland kommt der Personalabbau im ersten Arbeitsmarkt zum Stillstand. Die Beschäftigungszunahme im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Unternehmensdienstleistern wird dann kräftig genug sein, um den Abbau von Arbeitsplätzen insbesondere im Baugewerbe und beim Staat zu kompensieren.

Im Zuge des Beschäftigungsaufbaus geht die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland um 280 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zurück, davon allein um 260 000 in Westdeutschland. In Ostdeutschland bleibt die registrierte Arbeitslosigkeit damit hoch. Sie wird im Jahr 2001 mit 1,23 Mio. Personen nur etwas geringer sein als im Vorjahr.

Auch im Jahr 2001 wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente geprägt sein. Etwa 295 000 Personen werden in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen gefördert werden. Davon entfallen allein 230 000 subventionierte Arbeitsplätze auf Ostdeutschland.

Geldpolitik – kein Handlungsbedarf

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinssätze Anfang September und Oktober 2000 um jeweils einen viertel Prozentpunkt angehoben. Begründet wurden beide Schritte angesichts weiter steigender Rohölpreise vor allem mit anhaltenden Gefahren für die Preisniveaustabilität. Damit sollte auch verhindert werden, dass sich der gegenwärtig

Kräftiger Beschäftigungsaufbau überzeichnet Anstieg des Arbeitsvolumens

Die Erwerbstätigkeit lag im Jahr 2000 um 584 000 Personen über dem Vorjahresniveau, während sich die registrierte Arbeitslosigkeit nur um knapp 209 000 Personen zurückbildete. Wie bereits in den beiden vorangegangenen Jahren reduzierte sich damit die Arbeitslosenzahl – gemessen am Beschäftigungsaufbau – nur unterproportional. Die Ursachen hierfür sind sehr komplex.

In *konjunkturellen Aufschwungphasen* drängen generell viele Personen aus der sogenannten Stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt. Sofern diese Personen in ein Beschäftigungsverhältnis eintreten, verändert sich damit statistisch zwar die Zahl der Erwerbstätigen, nicht aber die Zahl der Arbeitslosen.

Nach der Einführung der Sozialversicherungspflicht für die ausschließlich geringfügig Beschäftigten im April 1999 wurde sichtbar, dass das Ausmaß der ausschließlich *geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse* bisher deutlich unterschätzt wurde. Das Statistische Bundesamt hat daraufhin die Erwerbstätigenzahlen in zwei Schritten – und zwar rückwirkend bis 1991 – kräftig nach oben korrigiert. Die Angaben zur registrierten Arbeitslosigkeit blieben hingegen unverändert. Für das Jahr 2000 wird nunmehr eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahr von 1,5 % ausgewiesen. Da sich der Beschäftigungsaufbau in hohem Maße auf die geringfügig Beschäftigten konzentrierte, stieg das geleistete Arbeitsvolumen nach Schätzung des IWH mit 0,2 % nur leicht an. Damit war der Arbeitseinsatz in der Wirtschaft deutlich geringer, als es der Zuwachs der Erwerbstätigenzahl suggeriert. Dies macht auch deutlich, dass die Arbeitsmarktlage letztlich erst an Hand der Veränderung des Arbeitsvolumens beurteilt werden kann.

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden zunehmend von Personengruppen angestrebt, die traditionell nicht als arbeitssuchend erfasst werden. Zu diesen Personengruppen zählen Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner. Gehen diese Personen eine geringfügige Beschäftigung ein, führt dies zu einer Erhöhung der Erwerbstätigenzahl, nicht aber zu einer Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit. Auch Arbeitslose können derartige „Minijobs“ annehmen und nach den Bestimmungen des deutschen Arbeitsrechts dennoch bei den Arbeitsämtern als solche registriert bleiben, wenn ihre geleistete Arbeitszeit 15 Wochenstunden nicht übersteigt. Diese Personen sind dann statistisch sowohl als Arbeitslose als auch als Erwerbstätige erfasst.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die gegenwärtig zu beobachtende nicht spiegelbildliche Entwicklung zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit kann nicht allein aus der konjunkturellen Situation erklärt werden. Einfluss auf diese Diskrepanz hat auch das hohe – und bisher weit unterschätzte – Ausmaß der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Mit der nunmehr vollständigen Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten in die Erwerbstätigkeit wurde sichtbar, dass sich hinter der Zahl der Erwerbstätigen ein heterogener Mix von Beschäftigungsverhältnissen verbirgt, dessen Spektrum vom Vollzeitarbeitsplatz bis zum „Minijob“ eines registrierten Arbeitslosen reicht. Die Grenze zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit ist damit fließender geworden. Deshalb kann zunehmend die Arbeitsmarktlage nicht mehr adäquat an Hand der „Kopffahlen“ beurteilt werden. Vielmehr ist dafür das geleistete Arbeitsvolumen der geeignete Indikator.

tige Druck auf die Preise in längerfristigen Inflationserwartungen niederschlägt.

Tatsächlich hatte sich der Preisauftrieb im Euroraum im Verlauf des vergangenen Jahres merklich beschleunigt, und der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) lag im November im Vorjahresvergleich bei 2,9 % nach 1,9 % im Januar. Zurückzuführen war diese Entwicklung vor allem auf die Energiekomponente des Index, da die Notierungen am Rohölmarkt deutlich gestiegen waren. Die Grundtendenz der

Preisentwicklung hat sich hingegen in den vergangenen Monaten nur leicht nach oben bewegt. Die Kerninflationsrate lag zuletzt bei 1,5 % nach 1,2 % zu Beginn des Jahres 2000.

Im Jahr 2001 wird der Anstieg der Verbraucherpreise zurückgehen. Maßgeblich dafür sind insbesondere die im Verlauf des Jahres wieder nachlassenden Rohölnotierungen. Die Kernrate der Inflation dürfte, wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen, allmählich sinken. Aufgrund des relativ hohen Preisniveaus am Ende des vergangenen Jah-

Tabelle 9:
Eckdaten des Arbeitsmarktes in Deutschland
- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	Deutschland			Westdeutschland und Berlin			Ostdeutschland (ohne Berlin)		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Erwerbstätige (Inland) ^a	37 942	38 526	38 900	32 053	32 738	33 095	5 889	5 788	5 805
<i>darunter:</i>									
ABM-Beschäftigte ^b	431	322	295	100	72	65	331	250	230
Berufliche									
Vollzeitweiterbildung	333	330	330	204	195	190	129	135	140
Vorruhestandler ^c	203	190	186	120	110	110	83	80	76
Arbeitslose ^d	4 099	3 890	3 610	2 872	2 640	2 380	1 227	1 250	1 230
Arbeitslosenquote ^e (%)	9,7	9,2	8,5	8,2	7,5	6,7	17,2	17,8	17,5

^a Angaben für Westdeutschland und Ostdeutschland: Schätzungen auf der Grundlage der Daten des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder. – ^b Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^d Nationale Definition. – ^e Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Bundesanstalt für Arbeit; Prognose des IWH.

res wird der jahresdurchschnittliche Anstieg des HVPI zwar noch 2,2 % betragen; im späteren Verlauf des Jahres werden die Raten aber deutlich unter dem mittelfristigen Ziel der EZB liegen.

Wieder sinkende Preissteigerungsraten und eine abflachende Konjunktur im Euroraum empfehlen in der Zinspolitik ein Stillhalten der EZB, zumal von den Lohnabschlüssen keine Zweitrundeneffekte zu erwarten sind. Außerdem dürften im Zuge des sich abschwächenden Nachfrageanstiegs auch die Preisüberwälzungsspielräume enger werden. Die Geldmenge hat sich in den vergangenen Monaten auf den Referenzwert der EZB zubewegt.

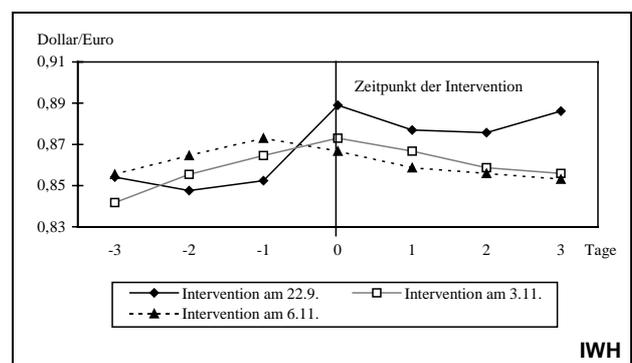
Zu den Devisenmarktinterventionen der EZB

Die EZB hat Ende September im Verbund mit anderen Zentralbanken an den internationalen Devisen- und Finanzmärkten zugunsten des Euro interveniert. Weitere unilaterale Devisenmarktinterventionen fanden Anfang November statt. Begründet wurden diese Eingriffe u. a. mit Gefahren für die Preisniveaustabilität in Verbindung mit dem niedrigen Außenwert des Euro. Allerdings haben weder die konzertierte Aktion Ende September, noch die späteren einseitigen Stützungsoperationen zu einer durchgreifenden Kurserholung geführt.

Eine nachhaltige Korrektur des Wechselkurses im Zuge einer Intervention hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es gelingt, die Erwartungen der Marktteilnehmer grundlegend zu verändern. Die

Erwartungen hängen aber auch davon ab, wie das aktuelle Kursniveau im Vergleich zu dem von den Fundamentalfaktoren her gerechtfertigten eingeschätzt wird. Die Erfahrungen mit dem Europäischen Währungssystem zeigen hier, dass Abweichungen von einem fundamental begründeten Kursniveau in der Regel nicht von Dauer sind. Da der Wechselkurs des Euro letztlich für das Stabilitätsziel nicht entscheidend ist, sollte die EZB mit Blick auf die Wechselkursentwicklung darauf vertrauen, dass die Fundamentalfaktoren nicht dauerhaft aus dem Investitionskalkül ausgeblendet werden. Fortgesetzte Interventionen mit nur kurzfristigen Wirkungen können hingegen die Glaubwürdigkeit der europäischen Geldpolitik nachhaltig beschädigen.

Abbildung 4:
Dollar/Euro Wechselkurs vor und nach den Interventionen



Quelle: Europäische Zentralbank.

Bei Lohnabschlüssen moderaten Kurs halten!

Die meisten geltenden Tarifabschlüsse sind vor dem Ölpreisschock vereinbart worden und waren angesichts der hohen Arbeitslosigkeit moderat gehalten. Sie haben auch ihren Teil zum Anstieg der Beschäftigung im Jahr 2000 beigetragen. Da sie auf mittlere Frist ausgelegt sind, stehen im Jahr 2001 wenig Neuabschlüsse an. Bei den noch ausstehenden Tarifverhandlungen, wie z. B. im Einzelhandel und im privaten Bankgewerbe, sollte der Kurs moderater Lohnabschlüsse beibehalten werden, auch wenn es vorübergehend zum Realeinkommensentzug durch den Ölpreisanstieg kommt. Anderenfalls wird ein Signal für Nachverhandlungen in den anderen Tarifbereichen gegeben, was eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen kann. Damit würden Arbeitsplätze gefährdet.

Zusätzliche Beschäftigung soll im Sinne der Bundesregierung durch die Novellierung des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge geschaffen werden. Es sieht die jederzeitige freie Wahlmöglichkeit zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland und der noch geringen Bedeutung von Teilzeitarbeit kann eine Erleichterung dieser Übergänge förderlich bei der Begründung zusätzlicher Arbeitsverhältnisse sein. Allerdings sollte dabei das Prinzip der Zweiseitigkeit gelten. Insofern ist die Novelle, mit der ein gesetzlicher Anspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer festgeschrieben wird, ein Schritt in die falsche Richtung. Empirische Ergebnisse bestätigen überdies, dass die darin gesetzten Erwartungen nicht allzu hoch veranschlagt werden dürfen.²

Finanzpolitik: Konsolidierung hält an

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2001 um 6,8 % zunehmen. In bereinigter Betrachtung, das heißt ohne die – im Jahr 2000 als negative Ausgabe gebuchten – Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen, beträgt der Ausgabenanstieg

² Vgl. HOLST, E.; SCHUPP, J.: Förderung von Teilzeitarbeit durch gesetzlichen Rechtsanspruch – Reform oder Hindernis für mehr Beschäftigung? in: DIW-Wochenbericht, 49/2000, S. 831. – Vgl. DREGER, C.; KOLB, J.: Keine Beschäftigungseffekte durch Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/1998, S. 12-17.

allerdings nur 1,2 % und bleibt damit deutlich hinter der Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück.

Nachdem das Jahr 2000 ganz im Zeichen des Sparpakets gestanden hat, wird die Ausgabenpolitik wieder leicht gelockert. Neben dem Wohngeld, den BAföG-Leistungen und dem Erziehungsgeld tragen auch die einmaligen Heizkostenzuschüsse, die im Zuge der Rohölverteuerung beschlossen worden sind, zum Anstieg der Ausgaben bei.

Die Einnahmen werden im Jahr 2001 nur um 0,4 % zunehmen, nach 2,3 % im Jahr 2000. Hierfür zeichnen in erster Linie die durch die steuerlichen Reformmaßnahmen bedingten Steuerausfälle in Höhe von rund 45 Mrd. DM verantwortlich. Daneben werden in der Einkommen- und Körperschaftsteuer jetzt hauptsächlich Geschäftsjahre mit schwacher Gewinnsituation veranlagt. Dem steuerreformbedingten Aufkommensrückgang wirkt bei der Lohnsteuer allerdings die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt entgegen. Auch die Steuern vom Umsatz werden zunehmen und zwar vor allem aufgrund der anziehenden privaten Konsumausgaben. Darüber hinaus greift zum 1. Januar 2001 eine weitere Stufe der Ökosteuere reform, die mit Mehreinnahmen von 5,4 Mrd. DM verbunden ist. Auch die Kraftfahrzeugsteuer wird erstmals wieder deutlich steigen, nachdem sie in den letzten zwei Jahren wegen der Mitte der 90er Jahre erfolgten Reform rückläufig gewesen war. Alles in allem werden die Einkommen- und Vermögenssteuern um 6,2 % sinken; die Produktions- und Importabgaben werden sich um 4,7 % erhöhen. Insgesamt werden die Steuereinnahmen damit um 0,7 % zurückgehen, nach einem Anstieg von 4,4 % im vergangenen Jahr.

Insbesondere die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt führt zu einem Anstieg des Aufkommens aus den Sozialbeiträgen, der mit 1,8 % allerdings sehr moderat bleibt. Der Grund hierfür ist die zunehmende Steuerfinanzierung der Rentenversicherungsleistungen und die damit einhergehende Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2001 von 19,3 auf 19,1 %. Hinzu kommt, dass die Krankenversicherungsbeiträge für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe gesenkt worden sind.

Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird im Jahr 2001 auf 1,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts steigen, nach einer bereinig-

ten Quote von 1,2 % im Jahr 2000.³ Dieser Anstieg geht in erster Linie auf die reformbedingten Steuerausfälle zurück, sodass der Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte nicht in Gefahr zu sein scheint. Dennoch darf nach den ersten Erfolgen im Bemühen um eine nachhaltige Konsolidierung jetzt nicht nachgelassen werden. Dies gilt um so mehr, als die Abgabenquote im Jahr 2001 immer noch über 47 % liegt. Sie weiter zu senken und so eine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erreichen, muss auch zukünftig im Mittelpunkt der Haushaltspolitik stehen. Nach den bisherigen quantitativen Anstrengungen sollte dabei vor allem eine qualitative Konsolidierung angestrebt werden.

Die Finanzpolitik wird im Jahr 2001 deutlich expansiv wirken. Dieser fiskalische Impuls kommt zum richtigen Zeitpunkt, auch wenn eine solche wirtschaftliche Konstellation bei der Beschlussfassung zur Steuerreform keineswegs abzusehen war und davor gewarnt werden muss, vor dem Hintergrund dieser Erfahrung auch in Zukunft diskretionäre Finanzpolitik betreiben zu wollen. Die Verzögerungen im Beratungs- und Gesetzgebungsprozess sind langwierig und schwer abzuschätzen. Die Gefahr einer prozyklischen Politik darf daher nicht unterschätzt werden.

Die Erfolge bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie die steuerlichen Reformen haben die Finanzpolitik verlässlicher und stetiger werden lassen. Der Handlungsrahmen der wirtschaftlichen Akteure hat sich deutlich verbessert.

Dringender Reformbedarf besteht allerdings nach wie vor bei der Alterssicherung. Gerade dieser Sozialversicherungszweig erfordert ein hohes Maß an Zuverlässigkeit, da hierauf die langfristigen Planungen von Unternehmen und Arbeitnehmern beruhen. Ein tragfähiges Konzept sollte daher möglichst bald vorgelegt werden. Auch die nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften sollte – anders als bei der Steuerreform – rechtzeitig berücksichtigt werden, wenn auch aus Gründen der Finanzierbarkeit möglicherweise in Übergangsstufen.

Infolge der gestiegenen Rohölpreise sind wieder Forderungen nach der Abschaffung der Ökoststeuer hörbar geworden. Steuerpolitische Entscheidungen dürfen jedoch nicht von aktuellen Preisentwicklungen beeinflusst werden. Im Fall der Ökoststeuer kommt hinzu, dass sie eine Lenkungsabgabe sein soll, die den Energieverbrauch beeinflussen und die Umwelt entlasten will. Auf den gestiegenen Ölpreis mit einer Abschaffung oder Senkung dieser Steuer zu reagieren liefe diesem Ziel entgegen. Dabei dürfen die konzeptionellen Schwächen dieser Steuer allerdings nicht übersehen werden.⁴ So wird nicht an die Schadstoffemissionen, sondern an den Energieverbrauch angeknüpft, wichtige energieintensive Wirtschaftsbranchen werden ausgenommen und das Steueraufkommen ist zur Senkung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Rentenversicherung zweckgebunden.

Vor der aktuellen Diskussion um den Heizkostenzuschuss und die Entfernungspauschale ist darauf hinzuweisen, dass diese neuerlichen Ausnahmen die konzeptionellen Schwächen in der Steuerpolitik eher verstärken. Hier zeigt sich wie schon in der Arbeitsmarktpolitik und in den geplanten Reformen der sozialen Sicherung die Widersprüchlichkeit der derzeitigen Wirtschaftspolitik. Konsistentes Handeln zur Stärkung der Wachstumskräfte ist geboten.

Arbeitskreis Konjunktur

Hans-Ulrich Brautzsch,

Kristina van Deuverden, Ruth Grunert,

Ingrid Haschke, Brigitte Loose, Michael Seifert

und Udo Ludwig

³ In die von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen Defizitquote gehen die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen ein. Im Jahr 2000 ergibt sich so eine Überschussquote von 1,3 % des nominalen Bruttoinlandprodukts.

⁴ Vgl. DIW; HWWA; ifo; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000. Oktober 2000.